

Saale-Zeitung.

Zweimundberrichter Jahrgang.

Bezugspreis

Die Halle vierteljährlich 2.50 M., bei
regelmäßiger Bestellung 2.75 M., durch
den Post 3 M., vierteljährlich 2 M.,
einmonatlich 1 M., anst. d. Belegungs-
bestellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen.
Nr. 6308 des amtl. Zeit.-Berg.

Für die Redaktion verantwortlich
Dr. Ernst Schulze in Halle.

[Sprechverbindung Nr. 174.]

Nr. 544.

Halle a. d. Saale, Montag den 21. November

1898.

Deutsches Reich.

Die Heimfahrt des Kaiserpaars.

Am Vortage des Sonnabend-Vormittags begaben sich, laut telegraphischer Mitteilung aus Weimar, beide Majestäten in die Höhe von San Giovanni, um dort die mit dem Bremer Lloyd-Dampfer „Prinz Heinrich“ auf der Reise nach Kiontshou durchreisende Frau Prinzessin Heinrich zu begrüßen. Der Kaiser und die Kaiserin begaben sich am Vortage des „Prinz Heinrich“, an dessen Hecksteven sie von der Frau Prinzessin empfangen wurden. Der Kaiser besichtigte unter der Führung des Kapitäns den Dampfer, der bis auf den letzten Platz besetzt war, in allen Theilen. Nachdem das Kaiserpaar sich in der vorläufigen Weise von der Prinzessin Heinrich verabschiedet hatte, verließen sie unter den Hochrufen der Bevölkerung und bei den Klängen der Nationalhymne den Dampfer. Der Kaiser reiste beim Absteigen dem Kaiserpaar die Hand, dem Kaiser mit lauter Stimme „Gute Fahrt!“ wünschend. Später nahm der Kaiser am Vortage der „Hohenzollern“ die Meldung des Militärattachés in Rom, Flügeladjutanten Majors von Jacobi entgegen und empfing den Generalstabschef in Rom, Major Dr. Dohm, welche am folgenden Tage in der Kaiserin in Messina eingetroffen sind. Auch dem deutschen Konsul Jacob in Messina ertheilte der Kaiser eine längere Audienz. Es herrsch dort vollständig Sommerwetter.

Am Sonnabend unternahmen der Kaiser und die Kaiserin noch eine Ausflug mit einer Dampfeschaluppe und besuchten die Villa Soubertin. Am Nachmittag wurde den Majestäten eine großartige Kundgebung bereitet: Tausende von Bürgern saßen in kleinen Dampfern und zahllosen reich geschmückten Barken in die Nähe der „Hohenzollern“ und begrüßten den Kaiserpaar die feierlichen Funktionen dar, der Kaiser bot einen glänzenden Anblick.

Den nächsten Witterung zufolge werden der Kaiser und die Kaiserin von Pola aus, von wo sie voraussichtlich am 22. d. abfahren, über Udine und Triest am 23. d. in München einströmen. Der Prinzessin Viktoria ist beabsichtigt, falls in München ein Aufenthalt des Kaiserpaars stattfindet, seine ursprünglich am Sonntag angelegte Reise nach dem Saale zu verschieben, um die Majestäten in München zu begrüßen. Die Dispositionen werden sich geheim gehalten und eine Veränderung des Reiseplanes oder der Abfahrtszeit in letzter Stunde ist nicht ausgeschlossen. — Dem Großherzog von Baden ist ein glücklicher Sommerabend ein Telegramm in welchem der Kaiser von der Beerdigung des Kaiserpaars Mitteilung machte und die Nachricht beifügte, daß die Majestäten die Großherzoglichen Herrschaften auf der Demarre auf Schloß Baden besuchen und dieselben übernachten würden. Die Majestäten trafen am Mittwoch abend 8 Uhr in Baden-Baden ein und reisten am Donnerstag abend 10 Uhr wieder ab. Die Ankunft in Potsdam erfolgt also voraussichtlich am Freitag früh.

Sof- und Personalnachrichten.

Berlin, 20. Nov. Prinz Friedrich Leopold scheidet im nächsten Jahre nach Stoffel hier, wo er schon in nächster Zeit des Kommando der 22. Division übernimmt.

Großfürst Michael Nikolajewitsch von Rußland feiert heute sein fünfzigjähriges Jubiläum aus Oben des in Olan gemüthlichen Sommerabends am 20. d. Aus diesem Anlaß hat sich eine Abordnung dieses Truppenheeres nach Petersburg begeben, um dem Großfürsten die Glückwünsche des Regiments zu überbringen.

Der Amtsinhaber Dr. Wosse besichtigte bei seinem Aufenthalt in Weimar die dortige biologische Station. Von Weimar reist er sich nach Rom zu dem Kaiserpaar, und erst Ende dieser Woche wird er wieder zurückkehren.

Der Präsident des Oberkirchenrats Dr. Wachhausen wird den deutsch-evangelischen Gemeinden in Süd- und Mittel-Italien einen Besuch machen.

Die heutzutage in der Gegend der Göttinger sind am Freitag abend in Göttingen eingetroffen, sie begaben sich am Sonnabend mit dem Eisenbahnzug, Oberbürgerliche Liebe geleitete die Herren zum Schloß, wo sie im Garten am Feuertisch des Sterbesaalbesitzers Wismars sich aufhielten. Die beiden Reichsraths-angeordneten Schreiber und Nro. sowie Herr Waghalter aus Göttingen legten Kränze und Gedächtnisblätter dem Kaiserpaar am Gange des Säulens nieder, nach der Abführung des Wismarslebens besichtigten die Besucher den Sarginhalt.

Die Ueberweisung des Wasserbaus an das landwirtschaftliche Ministerium.

Auch die Landwirtschaftskammer der Provinz Brandenburg hat die Staatsregierung ersucht, auf eine einheitliche Centralstelle für den staatlichen Wasserbau bei dem Ministerium der Landwirtschaft hinzuwirken. Die Begründung dieses Ersuchens, aus der die „Kreuzzeitg.“ die Hauptsätze mittelt, läßt einiges zu wünschen übrig.

Es wird hervorgehoben, schreibt die „Kreuzzeitg.“, daß Handel und Industrie hauptsächlich nur an den verhältnismäßig kurzen schiffbaren Strecken der Wasserläufe der Weltigkeit liegen. Deshalb ist es, daß die Landwirtschaft auch auf diesen Strecken in bedeutendem, oft erheblich größerem Maße interessiert ist, konnte sie fast ausschließlich an den viel zahlreicheren und ausgedehnteren nicht schiffbaren Flüssen in Betracht. Die Landwirtschaft, die Fischerei, die Geflügelzucht und die Viehzucht sind in hohem Maße von den Ufer-erträgen des Wassers abhängig. Das landwirtschaftliche Interesse dieser Interessen spreche durchaus für die Vereinigung des Wasserbaus beim Landwirtschaftsministerium.

Mit anderen Worten: der Landwirtschaftsminister kann die Interessen der Landwirtschaft auf den jetzt schon zu seinem Ressort gehörigen Gebieten des Wasserbaus nicht in ausreichender Weise wahrnehmen, wenn nicht das gesamte Wasserbauwesen seiner Verwaltung unterstellt wird. Es könnte ja doch einmal vorkommen, daß bei der Tracierung eines Kanals oder bei der Regulierung eines schiffbaren Stromes die landwirtschaftlichen Interessen, die Fisch- oder Entenwirtschaftsverhältnisse nicht ausreichend berücksichtigt würden. Daß das Wasser schon einmal getrunken ist, wird nicht beauptet; aber es könnte doch in Zukunft einmal getrunken — und

deshalb muß beim Bau von Kanälen usw. in Zukunft die Initiative dem landwirtschaftlichen Minister überlassen bleiben! Mit denselben Rechte könnte der Bund der Landwirtschaft die Forderung erheben, daß auch das Kleinbahnwesen dem Landwirtschaftsminister unterstellt werde. Dann an diesem hat die Landwirtschaft gleichfalls ein großes Interesse! Wenn der Umstand, daß das Interesse der Landwirtschaft durch irgend einen Verwaltungszweig beschränkt wird, ausreicht, um die Unterstellung derselben unter die Verwaltung des landwirtschaftlichen Ministers zu rechtfertigen, so muß man sich auf eine vollständige Umgestaltung des Geschäftsbereiches der einzelnen Ministerien gefaßt machen. Beispielsweise wäre doch auch die Centralgenossenschaftsfrage, die in erster Linie beizugehen ist, der nichtseiner Landwirtschaft Vorstände zu geben, nicht der Leitung des Finanzministers, sondern derjenigen des Ministers v. Hammerstein zu unterstellen. Dann würden vielleicht die Klagen über die Erhöhung der Zinsen für Darlehen und über die allzu scharfe Kontrolle der Darlehensnehmer vermindern. Letzterhand würde in dem agrarischen Staate der Finanzminister nicht mehr der geeignete Mann sein für die Wiedererrichtung im Staatsministerium. Sprechellos hat die Landwirtschaft ein lebhaftes Interesse daran, daß die Geschäftsführung im Staatsministerium dem landwirtschaftlichen Minister obliegt, der in erster Linie beizugehen ist, für die Landwirtschaft zu sorgen. Wie dem Interesse der übrigen Bevölkerung nachkommen würden, darauf kommt es — den Agrariern wenigstens — nicht an.

Die Sozialdemokratie und die preussischen Landtagswahlen.

Ueber den Anfall der preussischen Landtagswahlen veröffentlicht „Welt in der „Neuen Zeit“ einen Artikel, dem wir nachstehendes entnehmen:

Die Verteilung eines verhältnismäßig kleinen Theiles der sozialdemokratischen Partei an den Landtagswahlen habe einen „uneben und unglücklich“ Erfolg gehabt. Nicht allein habe die Partei durch ihre Wahlbeteiligung in manchen Wahlkreisen den Liberalen zum Siege verholfen, sie habe auch sehr respektable Minoritäten an eigenen Wahlmännern in den Wahlkreisen Altona, Linden bei Hannover, Brandenburg und Halle a. S. durchgesetzt. Außerdem hätte es sogar, als hätte im Wahlkreise Berlin der sozialdemokratische Kandidat den Sieg davongetragen. „Dieses Resultat war um so bemerkenswerth, weil niemand, auch nicht von den Anhängern der Wahlbeteiligung nicht, auf einen Sieg aus eigener Kraft gerechnet hatte.“ Nach dem Anfall der Wahlen sei ein sozialdemokratischer Sieg „in einzelnen Wahlkreisen, sogar unter den Liberalen und in den wichtigsten aller Wahlkreise, nicht gänzlich ausgeschlossen, vorausgesetzt, daß die betreffenden Wahlkreise vorläufig ausgesetzt werden. Einer derselben dürfte sogar von den Liberalen von Berlin, ein anderer in Berlin selbst liegen. Auf alle Fälle aber konnte die Partei, wenn sie auf der ganzen Linie ins Feuer ging, solche Resultate erzielen, daß sie mit Hilfe dieses Gesamtresultats die bürgerliche Opposition zwingen könnte, für einige Mandate abzutreten.“ Wenn „eine künftige Partei“ für welche sich das Ziel setze, zu siegen, den Sieg nicht aus eigener Kraft erlangen könne, so müsse sie es unter allen Umständen probieren, nöthigenfalls selbst mit Hilfe des Feindes und seiner Organisten, vorausgesetzt, daß man ihnen nicht seine Seele, das heißt, in diesem Falle seinen, keine Parteigewinnung, zu opfern vorzuziehen. „Im Anbetracht aller Umstände mußte selbst der verheißene Gegner der Wahlbeteiligung unter den Sozialdemokraten gegeben: die Resultate waren über Erwarten.“ (Nichtrecht gibt dies nicht an.) „Welcher Artikel schließt: Jetzt steht schon heute folgende Wahlkreise, welches Wahlkreise immer bei der nächsten Landtagswahl bestehen mag, die genannte Sozialdemokratie in Preußen wählt!“

Parlamentarische.

Das Interregnum im Reichstage, die präsidienlose Zeit zwischen zwei Legislaturperioden macht sich gegenwärtig immer bemerkbar, als auch durch die Erkrankung des Geheimraths Knaack, der nach allem Erfordernis beim Schluß der letzten Tagung von dem Präsidenten v. Buel-Verenburg beauftragt werden ist, bis zur Wahl des nächsten Präsidenten die Geschäfte in hergebrachter Weise weiterzuführen, auch in der Verwaltung eine empfindliche Störung eingetreten ist. Dagegen kommt, daß dem Direktor beim Reichstage ausbrüchlich unterstellt ist, in der während des Interregnums ihm zufallenden Präsidialgeschäften sich vertreten zu lassen. Um zu verhindern, daß es wieder eine solche Störung in der Verwaltung des Reichstages eintrete, und die Möglichkeit auszusprechen, daß etwa die verbandelten Regierungen durch Entsendung von Kommissaren sich in die Geschäfte des Hauses einmischen und so in die Interna des Reichstages eindringen, wird, wie die „Post-Zeitung“ dazu bemerkt, eine Aenderung der Geschäftsordnung für die Legislaturperiode nöthig sein. Auch außerhalb der Legislaturperiode mußte der Reichstag sich eine geordnete und selbstverständliche Vertretung sichern.

Die sog. „Judithaudorotage“, die dem Staatsministerium in seiner Sitzung am Freitag vorgelegt hat, enthält nach der „Frankf. Ztg.“ eine Aenderung der Gewerbeordnung und verfolgt nicht, wie es eine Zeit lang beabsichtigt war, ihren Zweck durch eine Erweiterung des Strafgesetzbuchs.

In Maxenkubus-Saverna hat man Schminke nach einem belandenen Sozialerwerb. Was der Wunsch ist, daß der Landtag der sich dem 11. November in München seine Sitzungen abhält, ist auf dem abgelaufenen Antrag des vitterständlichen Bundes Vorstands hervorzuheben, der die Ergründung schärferer Maßregeln gegen die Sozialdemokratie bezw. Ergründung einer einheitlichen Interpretation der Verordnungen vom 27. Januar 1891 betrifft. Der Landtag beschloß, diesen Antrag auf sich beruhen zu lassen, indem er davon ausging, daß man bezüglich des ersten Punktes (Mißbegünstigung von sozialdemokratischen Agitatoren und Vertrauensmännern in staatlichen Betrieben) der Regierung des Bundes Rat geben müßte, daß sie das Nöthige treffen werde. Der zweite Theil

Anzeigen

Werden die Geschäftsreise oder vom
Raum mit 20 Pfg., solche aus dem
15 Pfg. beinhalten und in der Expedition,
von unten Anzeigen und allen
Anzeigen die Zeit 60 Pfg.
Einfach und doppelt, Samstag
und Sonntag einmal,
sonst zweimal täglich.
[Der Abdruck unserer Original-Artikel
ist nicht gestattet.]

des Antrages, der im Hinblick auf die Verordnung vom 27. Januar 1891 eine authentische Auslegung darüber wünscht, was einen Verstoß gegen die Vorschriften einleiten soll, ist nicht möglich, weil der Landtag die Ansicht vertritt, daß sich eine bestimmte Interpretation unmöglich geben lasse und es sich häufig ereignen würde, daß die Verammlung eine politische oder eine gewerkschaftliche sei. Es dürfte möglich nicht verwunderlich erscheinen, wenn da von einzelnen Polizeibehörden verschiedene gerichtlich werde.

Verwaltung und Reichsfrage.

Im der Sonnabend-Sitzung der Volkonferenz nahmen außer dem Staatssekretär und einigen Mitgliedern des Reichstages auch die vier bis dahin zu den Beratungen zugezogenen Ober-Verwaltungsräthe teil. Zur Erörterung standen Fragen des Verwaltungsdienstes. Insbesondere wurde darüber verhandelt, wie weit die Zuständigkeit der Postämter erweitert lasse, um den Dienst von Schwerfälligkeiten und überflüssigen Schreibern zu entlasten, sowie die wünschenswerthe Entlastung der Oberpostdirektion herbeizuführen. — Ueber den Umfang der Volkonferenz, welche nunmehr, nach Abschluß der verschiedenen Konferenzen, zur Vorlage an den Bundesrat ausgearbeitet werden, werden folgende Einzelheiten mitgeteilt:

Zunächst wird darin die Erhöhung des Höchstalters der einladenden Liste von 15 auf 20 Jahren vorgeschlagen werden. Weiter wird eine Verabstimmung des Reichs-Hochschulbeschlusses für den Berliner Hochschulrat von 10 auf 5 Mi. vorgeschlagen werden. Auch weitere Verabstimmungen des Vertriebs- und Ortsvertrieb sind geplant. Um englischen Zusammenhang damit nicht die Ausbeutung des Volktrages auf die Beförderung geschlossener Verträge innerhalb eines Jahres, so daß, abgesehen von anderen deutschen Staaten, die Verträge in Zukunft verfallene Verträge überhaupt nur durch die Reichs- bzw. Staatsposten besichert werden dürfen, während letztere verfallene Verträge lediglich durch die privaten Verträge freigegeben sind. Die Herabsetzung in ihrer Gewerkschaftlichkeit über betroffenen Arbeitsstellen, deren gesamtlich 60 in den verschiedenen deutschen Staaten vorhanden sind, durch einmütige Entschlüsse abgehandelt werden. Endlich wird die Vorlage eine anderweitige Regelung des Postleistungsbezugs enthalten; fortan soll nicht mehr allein der Abnehmerbeitrag einer Zeitung zur Grundlage für die Berechnung der Postgebühren gemacht werden, sondern auch der Gewinn, daneben auch die Höhe des Gehalts eines Zeitungsbearbeiters.

Der Vorstand des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes läßt die Auffassung zu, daß Kommissar Lehmert erst dann aus der Forderungspflicht auszuscheiden, wenn die Zurückzahlung der Beiträge vorgeschrieben dem Dienst ein Recht auf spätere Verwirklichung einer Pension erlangt haben. Es geht aber an einem entsprechenden Anlaß, Pension für einige Jahre der Beitragspflicht zu unterwerfen, wenn die Pension zum Invalidenversicherungsgesetz stellt, deshalb außer Zweifel, daß Kommissar Lehmert dann aus der Forderungspflicht auszuscheiden sollen, wenn ihnen nur eine Anwartschaft auf eine Pension in dem Sinne eingetrufen ist, daß sie infolge ihrer Ausbeutung eine Pension berechtigt werden können. Insofern die die Beitragspflichten von Beiträgen zu unterwerfen, dabei wird angenommen, daß der Invalidenversicherungsgesetz Kommissar Lehmert nicht notwendig gegen die sie anstellenden Gemeindeverband selbst gerichtet sein muß, um die Verwirkung von der Beitragspflicht zu begründen. Es soll vielmehr genügen, wenn die Anwartschaft auf Pension gegen einen Dritten, etwa gegen eine Stadt, sich richtet, zu welcher die Gemeinde beizutreten wird und deren Leistungen in Höhe des Invalidenbeitrages der Invalidenrente ausreichend sichergestellt sind.

An der viel besprochenen und vor dem Reichstage wiederholt erörterten Frage betreffs der Hilfsarbeiter hat der Berliner Magistrat beschloßen, die in den hiesigen Büros beschäftigten 440 Hilfsarbeiter als Gemeindebeamte anzuerkennen.

Ueber die Zahl der im III. Quartal d. J. aus dem preussischen Staatsgebiet ausgewanderten Personen theilt das „Vestnische Tageblatt“ folgendes mit: In der Zeit vom 1. Juli bis 30. Sept. wurden von der Auswanderung betroffen 21 Personen im Alter von 15—80 Jahren, unter denen 8 weiblichen Geschlechts sind. Von den Ausgewanderten stammen 1 aus Altona, 6 aus Anklam, mit 2 aus Ostpreußen (Danziger 3 Zigeuner); der Restpflichtig mit 20 einwärtig, 4 jüdisch, 2 katholisch. Im IV. Quartal wird die Zahl der Ausgewanderten erheblich anwachsen.

Wie der „Sozialist“ meldet, wurde der deutsche Reichs-angehörige und Anarchist Oph, der in Stockholm Arbeit angenommen hatte, auf direkte Initiative der deutschen Regierung aus Stockholm ausgewiesen. Auf die Intervention des Herr. Abgeordneten soll die schwedische Regierung erklärt haben, sie sei bei den Verlangen Deutschlands erkrankt, daß keine Schweden könne aber dem großen Deutschland nicht von dem Reichsangehörigen Oph, der in Stockholm 30 Jahre in entgegengesetzter. — Ueber die letzten Reichsangehörigen wird im Anhang der „Post“ berichtet, der Minister des Innern wolle im Interesse der öffentlichen Ruhe und Ordnung überhaupt keine Anarchisten-Veranstaltungen in Preußen mehr zuzulassen. Die Anarchisten aller Orten protestieren gegen diese Maßregel, erklären, ihrer gewichtig, daß sie in Zukunft von jeder öffentlichen Veranstaltung abgehen werden.

Saale und Althe.

Nach der „Post“ darf man mit Sicherheit darauf rechnen, daß entweder eine Regierungsvorlage betr. die Reichs-Verordnung der Lehrer in der bevorstehenden ersten Tagung der neuen Legislaturperiode den Landesparlamenten vorgelegt wird, oder daß, wenn aus besonderen Gründen von einer Festsetzung der ersten Tagung mit der Vorlage abgesehen werden sollte, jedenfalls die nächste Session die Erfüllung dieses beabsichtigten Wunsches unserer Lehrerschaft bringen wird.

• Durch die neue juristische Studienordnung werden demnächst erhebliche Vernehmungen an die Professoren wie an die Studierenden des Jurisprudenz geleistet. Dazu kommt, daß durch die Einführung des bürgerlichen Gesetzbuchs naturgemäß die Universitätslehren in erster Reihe die große Aufmerksamkeit zu bringen, sowohl in Bezug auf die Zusammenfassung der Lehren, als auch in Bezug auf die Darstellung der weltlichen Rechtslehre zum Vorkommen zu machen. Dieser Aufgabe haben sich die Professoren wie alleseitig zuwenden wird, mit großer Eifer und Anstrengung, die um so mehr zu bezeichnen ist, als auch viele von ihnen sich mit dem neuen Gesetz in Widerspruch befinden. Eine Reihe von Universitätslehrern hat außerdem durch Veranstaltung von Vorträgen für praktische Juristen an verschiedenen Orten für das allgemeine Verständnis des neuen Rechts in sehr ersprießlicher Weise gewirkt. So ist die Einführung des neuen Gesetzbuchs und der Uebertragung in den neuen Rechtszustand schon bisher in einer Art gefördert worden, wie sie bei früheren großen Gesetzen wohl nur selten vorgekommen sein mag. Es ist aber andererseits klar, daß diese den juristischen Universitätslehren zur Zeit obliegenden Aufgaben, die durch eine Reihe von Jahren fortwährend werden, im Hinblick auf die Juristenkandidaten an manchen Orten sich zur Ueberlastung in Anspruch nehmen haben. Mit Rücksicht hierauf sind schon im vorigen Sommer mehrere neue juristische Professuren besetzt worden, und es ist anzunehmen, daß auch für das nächste Jahr eine Erweiterung der in ruffischen Lehrkräfte erfolgen wird. Wie die „Nat.-Ztg.“ heißt, sollen demgemäß die Juristenkandidaten zu Sinzig, Halle, Marburg und Göttingen mit neuen Extraordinariaten besetzt werden.

• Auf die von uns bereits verzeichnete Erklärung des Grafen Paul von Hohenhausen, daß er aus dem Centralvorstand des Evangelischen Bundes ausscheidet, hat der Centralvorstand an den Grafen folgendes Schreiben, datirt Halle, den 15. Nov. 1898, gerichtet:

Hochwürdigster Herr Graf! Verehrter Freund! Mit tiefem Schmerz haben wir die Erklärung Ihres Abtritts aus dem Centralvorstande empfangen; aber dieser Schmerz war nur der letzte Tropfen des bitteren Schicksals, den wir für Sie und mit Ihnen getrunken haben. Wir begreifen, wie Sie zu diesem Entschlusse gekommen sind: Sie wollen nicht, daß im Abtritt eines Mannes auf den Evangelischen Bund solle. Wir begreifen auch, daß Sie nicht wiederzukommenden Nutzen für sich zu sehen, Sie für sich freizugeben. Aber gerade, daß Sie zu schreiben, in das Sie vertritt worden sind, können wir heute nicht weiter thun, als Sie des ungebrochenen Vertrauens zu versichern, das wir zu Ihrer vollkommnen Gewandtheit haben. Wir leben das feste Glaubenswort, daß der Herr die Gerechtigkeit und der Wahre Sie über kurz oder lang auch öffentlich wieder zu allen Ehren bringen und Ihnen bald die Freigabe zurückgeben wird, sich an unsere Arbeiten weiter zu beteiligen.

Heer und Flotte.

• Die Zusammenkunft des Kaisers mit dem Prinzregenten von Bayern soll hauptsächlich eine Aussprache in der bisher offen gelassenen Frage, wie Bayern bezüglich des obersten Militärgerichtshofes in der Militärstrafprozessordnung behauptet werden soll, bezwecken. Von bayerischer Seite werde immer noch die Errichtung eines besonderen selbständigen Gerichtshofes oder wenigstens eines Senats des obersten Militärgerichtshofes in München erstrebt. Es werde Gewicht darauf gelegt, daß ein solcher Senat im Namen des Königs von Bayern nicht bestrebe. Aus preussischer Seite hingegen wolle man sich nicht auslassen, daß ein Senat des Militärgerichtshofes am Orte desselben für bayerische Angelegenheiten errichtet werden kann.

Verleumdungen.

• Die in den letzten Tagen erschienenen Aufsätze, die sich als „Kriegsbericht“ des Königs von Preußen, in der „Sonne“ (aus der Rheinischen Post) am 15. Nov. an einem unter Wasser befindlichen, bisher unbekanntem und in den Klaren nicht begreiflichen Felsen eine Verhöhnung des Schiffbauers zugehen. In einer Abtheilung ist ein Verhöhnungswort. Schöne für das Schiff behält nicht. — „Schwalbe“ ist am 19. Nov. in Wolfenbüttel eingetroffen und geht am 20. Nov. von da nach Ost London in See.

Wirtschaftlich.

• Von den badien Tabakpflanzern ist seit Jahren als Mißstand beklagt worden, daß sie für Tabak, den sie nicht gleich von der Waage weg verkaufen können oder wollen, sondern zunächst bei sich zu Hause fermentieren, im Falle einer späteren Verbringung auf eine Waage für einen Theil der bei der ersten Verwiegung festgestellten Steuer verhaftet bleiben, weil in diesem Falle an den durch die Fermentation eingetretenen Gewichtsverlust, den sog. Delato, keine Rücksicht genommen wird. Um diesem Uebelstand abzuwehren, hat die badische Regierung im Laufe dieses Sommers beim Bundesrat einen Antrag auf entsprechende Abänderung der Abrechnungsbedingungen zwischen Tabakpflanzern und dem Reichsamt für Tabakpflanzerei eingeleitet, welchem der Bundesrat kürzlich die Zustimmung erteilt hat. Dieroch wird künftig auch der durch die Fermentation des Tabaks bei den Landwirthen außerhalb einer Niederlage entstandene Gewichtsverlust steuerfrei bleiben, soweit er im Tabakpflanzerei selbst vorgehende Grenze von 20 Proz. des Gewichts des Tabaks nicht übersteigt.

Soziale Angelegenheiten.

• Die Reichskommission für Arbeiterkassenfrage setzte am Sonnabend die Berathung der Kassenfragen aus dem Gebiet der Wirtschaftlichen und Schenkungswirtschaften fort. Hauptächlich waren Sachverständige aus Emden und Gelsenkirchen anwesend und auch erschienen. Es handelte sich um die beiden Fragen wie am Freitag, wie den Arbeiter bezüglich der Stellenvermittlung, das Kassenwesen und die Kassenfrage. Der Präsident der Kommission, Herr Dr. Gumboldt, hat die Verhandlungen in diesem Punkte für abgeschlossen erklärt, daß die Vollstände zwar besteht, aber nicht gebilligt wird.

• Am Donnerstag fand unter dem Vorsitz des Staatsministers Grafen v. Bismarck eine Sitzung des Central-Ausschusses zur Errichtung von Heilanstalten für Kranke statt. Es wurde beschlossen, im Frühjahr 1899 nach Berlin an den Ort der Verlesung der Anträge als Vollständigkeit zu benutzen; derselbe dürfte sich mit der Aus-

führung, Kellerei, Prophylaxe, Therapie und dem Heilanstaltenwesen für Langzeitkranke beschäftigen.

• Die Firma Lenz u. Co. in Slettin hat bei Bau mehrerer Kleinbahn-Linien, welche das nördliche Samland (Hinterpommern) durchziehen sollen, übernommen. Dabei soll der erste Baubetrieb der Strecke Slettin nach dem Hinterpommern-Unternehmen die Verbindung herstellen, welche der Arbeiter aus dem Kreis Slettin bei dem Bahnbau benutzen wird. Als nun kürzlich durch eine Annonce im „Südostpreussischen Anzeiger“ 400 Arbeiter zu dem Bahnbau gemacht wurden, erließ der Landesherr eine amtliche Bekanntmachung, in der es heißt: „Nach Prüfung der Angelegenheiten, welche die Bauabteilung von Lenz u. Co. macht, ist hierdurch ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß beim Bau der Kleinbahn Slettin nach dem Hinterpommern-Unternehmen hiesige Arbeiter nicht angenommen werden. Die Herren Lenz u. Co. sind ersucht, sich hierüber zu erklären, wie die Angelegenheiten, welche die Bauabteilung von Lenz u. Co. macht, ist hierdurch ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß beim Bau der Kleinbahn Slettin nach dem Hinterpommern-Unternehmen hiesige Arbeiter nicht angenommen werden. Die Herren Lenz u. Co. sind ersucht, sich hierüber zu erklären, wie die Angelegenheiten, welche die Bauabteilung von Lenz u. Co. macht, ist hierdurch ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß beim Bau der Kleinbahn Slettin nach dem Hinterpommern-Unternehmen hiesige Arbeiter nicht angenommen werden.“

Kolonialangelegenheiten.

• Die Kolonie Kamerun steht dem Vernehmen nach vor der Nothwendigkeit, ihre Schutztruppe vergrößern zu müssen. Zu Anfang d. J. bestand die bewaffnete Macht im Schutzgebiete aus einer Volltruppe von 100 Mann. Dazu kam eine Schutztruppe in einer Stärke von 2000 farbigen. Einestheils um wichtiger die Schutztruppe gegen auswärtige Stämme geltend machen zu können, andererseits um den sich rühmlich vermehrenden Plantagenbau ausdehnen zu können, wurde in diesem Sommer die Schutztruppe auf 300 farbige vermehrt, wozu dann noch 36 farbige Compagnie und sechs Spelietente kamen. Seitdem durch die letzten Beiträge die Nordwestgrenze von Kamerun am Rio del Rey und am Congo festgesetzt worden sind, hat sich nach diesen Angaben ein in schwebender Hand entwickeltes, noch nicht vollständig im Südosten der Kolonie sich das Bedürfnis geltend gemacht hat, am Congo der Handelswege eine stärkere Macht zu entwickeln. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird in diesen Gebieten auch ein Schutz aus dem Plantagenbau und zur Kontrolle des Zollverkehrs auch an die Anlage von Stationen gebracht werden müssen. In Rücksicht darauf hat es sich als notwendig erwiesen, eine weitere Verstärkung der Schutztruppe auf etwa 400 farbige Mannschaften ins Auge zu fassen.

Arbeiterbewegung.

• In Reichelsheim in einzelnen Fabriken, deren Besitzer die Errichtung von Betriebskrankenkassen angeknüpft haben, die Arbeit untergeordnet worden. Der Fabrikantenverein erklärt daraufhin, daß der Anlaß der Gründung von Betriebskrankenkassen darin liegt, daß die Arbeiter ihre Ansichten im Vorzuge der Ortskrankenkasse nicht zur Geltung bringen könnten, obgleich die Hälfte der Kosten — 60,000 M. — jährlich aufbringen. Die Betriebskrankenkassen könnten ferner durch Beschäftigung der Arbeiter in den Fabriken und gesicherten freies Bewegens unter 18 Wochen. Es handelt sich um die reine Nachfrage, die Arbeitgeber wollen das Beste ihrer Arbeiter, aber auch Herr im eigenen Hause bleiben. Die beteiligten Fabrikanten ständen sich einander und würden die Gründung der Betriebskrankenkassen durchzuführen. Somit dürfte ein Gesetz, welches die Arbeit untergeordnet werden. Die freilebenden Arbeiter verhalten sich misgünstig.

Ausland.

Ungarn.

Der Ausgleichsausschuß des österreichischen Abgeordnetenhauses nahm am Sonnabend mit 22 gegen 17 Stimmen Artikel 1 der des Zoll- und Handelsvertrages betreffende Vorlage an und begann damit die Verhandlung der Artikel 2 — 5. In dem ersten Artikel verhandelt, die österreichische Regierung werde der ungarischen eine einjährige Verlängerung des bestehenden Ausgleichsprojektivs vorschlagen; die ungarische Regierung sei geneigt, hierauf einzugehen.

An der Wiener Universität kam es am Sonnabend abends zu einem Zwischenfall. Die deutschen Studenten demonstrieren durch Bursche gegen die slowakischen Studenten, indem sie annehmen, daß diese eine Kundgebung in der Abg. Wolf planten. Sie riefen ihnen zu: „Maus, Schwarzer!“ Dann wandten sich die Deutschen gegen die jüdischen Studenten, worauf eine heftige Prügelei entbrach. Die jüdischen Studenten wurden mit Steinen beworfen und aus der Aula gedrängt. Der Rektor Winkler erwiderte und legte an die deutschen Studenten: „Es war nicht Brauch an deutschen Universitäten, daß derjenige, der seinen Namen gegen seinen Ruf erhebt, unerbittlich relegiert wurde. Das Wort Jüdisch muß Ihnen weiter gelten als eine Compagnie Soldaten oder ein Zug Schweizerkavallerie.“ Die Studenten machte großen Eindruck. Die Studenten setzten sich fort. Sie trafen verhaftete zwei Studenten, die nach heftiger Prügelei entlassen wurden.

Die prager „Politik“ meldet, daß die hiesige Landtag werde am 27. Dezember zusammenkommen. Die Bezirksparlamentarier in Nordmähren verurtheilte den Gemeindevorsteher von Kolln zu 15 St. Strafe, der sich gegen die hiesige Landtag verurtheilte. Die Abtheilung mußte im Freien kampieren. In Budapest fand am Sonntag in Anwesenheit sämmtlicher Minister und Staatsräthe, der Episkop der Ghibs und Militärbeobachter, Deputierten des Parlaments, der Eisenbahnen, industrieller und gewerblicher Corporationen die feierliche Enthüllung des Denkmals für den verstorbenen Handelsminister Gabriel Baross statt. Die Gedenkrede hielt der Handelsminister Daniel.

Franzreich.

Die Meldung einiger Blätter, es sei in einer vorgestern stattgehabten Konferenz der Minister Dupuy, Trebet und Guillaum besprochen worden, Dreyfus nach Frankreich zu überführen, bestätigt sich nicht. Dreyfus wurde in einer Konferenz die pariser Blätter erklären, nur der gegenwärtige Stand der Dreyfus-Angelegenheit besprechen. Das „Journal“ glaubt zu wissen, daß man sich über die wichtigsten Punkte einig habe. „Matin“ behauptet, der Kassationshof habe beschlossen, den Rath Vitalien zur Vernehmung von Dreyfus nach Langone zu entsenden, wegen deren Untauglichkeit wurde in einer Konferenz der Kassationshof erklärt, die demnächstige Berufung Dreyfus gegeben sein. — Hebräisch wird berichtet, daß General Mercier auf die Frage des Vorsitzenden des Kassationshofes, Loew, ob er im Dreyfus-Prozess Gehemalten in das Verwaltungsverwaltung der Militärkräfte getragen habe, die Antwort verweigerte, obwohl ihn die Regierung von der Wahrnehmung des Kassationshofes entbunden sei. Loew bemerkte, dies Stillschweigen müßte als ein Geständnis aufgefaßt werden, worauf Mercier weiter schwieg. Der Kassationshof wird unmittelbar nach Vernehmung der Revision des Dreyfus-Prozesses eine Anklage gegen Mercier und die sieben Militärtribunale wegen Verschweigen des Dreyfus-Prozesses erheben. Der Kassationshof wird eine einzige Sitzung im nächsten Monat abhalten, um die volle Wahrheit anzufordern und alle Schuldigen zu bestrafen. — Die ehemaligen Minister Walder-Rousseau und Contans sollen am Sonnabend freigesetzt werden, jedoch haben, um ihn zu bestrafen, zu verbinden, daß die Affäre Riccaud sich zu einer gleich folgenden Reihe wie die Affäre Dreyfus ausdehnen.

Wing Genrich von Orleans riefte an den Minister des Innern, Delsol, einen offenen Brief, worin er ihn an seine Willen und an diejenigen von Boncompagni und Clodette in Absicht eintrug und bittet, wenn die Franzosen nicht bereit sei länger Zeit am Weilen Mi sein, so sei dies nicht die Schuld Dreyfus, der Brief besagt, obwohl das Angelegenheit des Dreyfus und erinnert an die hundertjährige Revolte, die Frankreich in Aquitanien gepöbel habe. Der Brief schließt mit der Bitte, daß der Brief auf die zu einem patriotischen Zwecke projektierte Reise, die aber nunmehr unnütz sei, abzusehe.

Der neue Stadtrat von Alger wählte mit 36 von 37 abgegebenen Stimmen Max Rogis, den Direktor des aus der antichristlichen Bewegung in Alger bekannten Blattes „Antichrist“, zum Bürgermeister.

Italien.

Ministerpräsident Pelloni legte in der Deputiertenkammer einen Gesetzentwurf vor betr. Abänderung des Gesetzes über die politischen Wahlen.

Das amtliche Blatt veröffentlicht die Ernennung von 30 neuen Beamten der Baron's Haus, der der Posten als Posthelfer in Washington behält. Die gegenwärtige Anwesenheit des Kardinals Langenieur in Rom soll einen politischen Zweck haben. Der Kardinal soll im Interesse der französischen Regierung die Absichten des Kardinals im Hinblick auf die italienischen Verhältnisse. Wie es heißt, soll Papst Leo XIII. wieder in Folge der Lebensbedeutung, welche Kaiser Wilhelm II. während seines Aufenthaltes in Valsugina den Katholiken bewies, viel freundlicher als früher gegen Deutschland gesinnt und geneigt sein, dem deutschen Kaiser über die deutschen Katholiken Willkür keinen Widerspruch mehr entgegenzusetzen. Man würde dem Kardinal Langenieur eröffnen, daß Frankreich allerdings das Protektorat über Missionen im Orient von unheimlichem Charakter, welchen Missionäre verschiedener Nationalität ausüben, zusehe, da gegen das Schicksal über Missionen ausüben, die aber doch vorwiegend deutschen Charakters Deutschland zugestanden werden müßte.

Spanien.

Die für Sonnabend erwartete Sitzung des Ministerrathes wurde verfallen. Wie es heißt, wird Ministerpräsident Sagasta das Ergebnis der heutigen Sitzung der Pariser Friedenskonferenz abwarten, um dann den Ministerrat einzuberufen.

Der deutsche Reichsminister theilt mit: Amlichen Nachricht zufolge sind die Zerporensen in den letzten Tagen der gegen den Reichsminister Sagasta und der entgegen der Reichsminister Sagasta, die Friedenskonferenz daher der Schicksal wieder vollständig freigegeben worden.

Türkei.

Die Kernpunkte der dem Sultan vom Ministerrat zur Genehmigung unterbreiteten Reformvorschlüge, welche die Regelung der Zustände im Vilayet Konya zum Zweck haben, sind folgende: Die zu diesem Zweck ins Leben zu rufende große Kommission soll nicht nur für die Regelung der Beziehungen zwischen den mohammedanischen Arabern und den Christen in dem Vilayet Konya und Salontis, sowie ferner für die Prüfung der von türkischer Seite bezüglich der Zustände im Vilayet Konya eroberten Verträge, einschließlich der Grenzbestimmungen zuständig sein. Die genannten Reformen sollen gleichzeitig mit den beiden genannten Vilayets Anwendung finden. Die Zulassung eines türkischen Delegierten zu der großen Kommission wird nicht vorgeschlagen.

Bulgarien.

Wie die „Agence Bulgare“ berichtet, wäre das von der bulgarischen Regierung vorbereitete Gesetzentwurf, wonach gegen den Kaiserliche revolutionäre Duldung, an den Mannern der Hauptstadt angeheft und eine Duldung, an der Herstellung dieser Duldung verächtlich erachtet, von der Regierung geschlossen wurde, „durchaus unbegründet.“

Serbien.

Bei dem Dorfe Trnovo im Kreise Kuruschumje verbrachte eine türkische Anrunderbande einen räuberischen Überfall, wobei ein Bauer verunmündet wurde. Obwohl sie weit über die Grenze eingedrungen, gelang es der serbischen Grenzwehr nicht, die unter lebhaftem Geschrei zurückgehenden Mannschaften abzufangen.

Rußland.

Die zur Feier des gestrigen hundertjährigen Jubiläum des Großfürsten Michael Nikolajewitsch in Petersburg eingetroffenen preussischen und österreichischen Militärdeputationen stellten sich am Sonnabend dem Großfürsten vor und stauten Johann den üblichen Großfürsten und dem Kriegsminister General Skarupitsch Würde ab. Die preussischen Deputationen wurden Johann vom deutschen Gesandten v. Werth und Bayerdorff empfangen. Bei dem Galastisch auf Sonntag kostete der Jubilar auf den Kaiser von Rußland und Johann auf den deutschen Kaiser und den Kaiser von Oesterreich. Der Kriegsminister brachte das Hoch auf den Jubilar aus. Im weiteren Verlaufe des Festschiffs sprach der Commandant des preussischen 1. Garde-Regiments Regiments v. Werth v. Werth in Namen der drei ausländischen Deputationen den Dank für die ihnen bereitete Aufnahme in Petersburg aus. Sämmtliche Mitglieder der Deputationen erbeten Oedenanstellungen. Auslässlich seines Jubiläum als ein der Großfürsten ein literarisches Heftchen ergangen, worin es nach Aufzählung der Verdienste des Jubilar's heißt:

„Von dem Jubilar geleitet, Eurer Kaiserliche Hoheit an dem heutigen Feiertage aus neue zu ehren, habe ich mittels Tagesbefehls im Militärressort verordnet, daß die Juren Herzen von jeder nobelstehende Garde-Artillerie Juren diese Ehre erweist, welche laut Reglement mit gebühren. Möge diese Ehrung als höchstes Zeichen dienen für meine unbegrenzte Hochachtung vor Eurer Kaiserlichen Hoheit, die diesen hohen geleiteten Mitglied des Kaiserlichen Hauses, das ein hohes Beispiel des selbstlosen Dienstes für das Vaterland gibt.“

Dem offiziellen Texte des Heftchens ist vom Kaiser eigenhändig hinzugefügt:

„Indem ich von Herzen wünsche, Ihre nächste Mitarbeiter-schaft möge mir für viele Jahre verlängert werden, verbleibe ich Eurer Kaiserlichen Hoheit stets unerschütterlich wohlgenäht, dankbar und herzlich liebender Vater.“

In Wina fand am Sonntag in Gegenwart des Ministers des Innern, des Justizministers und des Ministers des Innern sowie der hiesigen Behörden und der Geistlichkeit die feierliche Enthüllung des Bismarckdenkmals statt.

Wien.

Regis Renell von Abschnitten ist, wie aus Wien gemeldet wurde, zu einer Expedition in das Reich W. an die Arbeit, die längerer Zeit werden berichtet, daß der Fürst von Tigris, Mangascha, sich gegen die Oberösterreichische Regierung aufgelehnt hat. Anlässlich der Verhandlung sind besonders ernst genommen. Wenn Renell sich nun aber entschlossen hat, den Feldzug gegen den alten Kaiser, mit dem er sich schon mehrfach bei unheimlichen Verbrechen, verurteilt zu sein, so ist wohl nicht zu erwarten, daß Mangascha über beträchtliche Streitkräfte verfügt und deshalb als Feind nicht unterdrückt werden darf. — Die bisher von Renell beobachtete Untüchtigkeit gegen-

Die Abtheilung für

Puppen u. Spielwaaren

ist eröffnet.

Grösste Auswahl. Bekannt billige Preise!

Waarenhaus E. Pinthus

Marktplatz 18.



Herren- u. Damen-Geschenke
„Alles mit Musik!“

wie z. B. Photographie-Albuns, Necessaires, Cigarettenpfeife, Portemonnaies, Biergläser, Nähtische, Stühle, Briefbeschwerer, Cigarrenkasten, Rauchtische u. Service sowie diverse prachtvolle Neuheiten in Fantasieartikeln.

Christbaumständer
„Alles mit Musik!“

Illustrirte Cataloge mit Original-Fabrik-Preisen gratis und franco.

Gustav Uhlig,
Musikwerkfabrik,
Halle a. S., Fernsprecher 389.

Fahrräder billig!!
Nur exklusive, mit Continental-Reifen, 3 Jahre Garantie, gebe wegen Aufgabe des Fahrradgeschäftes zum Einkaufspreise ab.
G. Neumann, Schmiedestraße 40.

Mignon-Kakao!

Kakaopulver der Schokoladenfabrik von Fr. David Söhne, deren Fabrikate bis vor Kurzem die Kakao-Compagnie Theodor Reichardt fast ausschliesslich versandte und dafür tausende von Anerkennungen erhielt, bieten wir in 1/2 und 1/4 Kilopackung und zwar zu folgenden billigen Preisen an:

Vierunll.	Dreieunll.	Zweieunll.
im Einzelnen zu M. 2.—	M. 1.80	M. 1.60 für 1/2 Ko.
bei 5 Pfund „ „ 1.75	„ 1.65	„ 1.55 „ 1/4 „

F. E. David, Markt 17 (Hirsch-Apotheke).
Johannes David, Geiststr. 1 u. Leipz. Str. 6.
Chr. Franke, Wuchererstr. 85.

Neu Deutsch-Neu Amerikanische Gitarre-Zither

auch für jeden Nichtmusikanten ohne Notenkennntnis in 16 Mk. zu erlernen. 16 Mk.



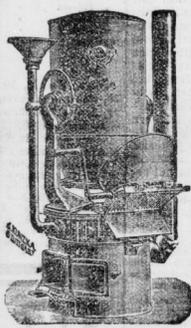
Accord-Zithern

in jeder existirenden Art zu den billigsten Preisen. Illustrirte Prospekte gratis u. franco.

Geigen, Mandolinen, Prim- u. Schlagzithern, **Neu! Streichzithern** für Jedermann sofort spielbar, — Alte gute Geigen. — **Neu! Piston-Neu! Accordeon.**

Echt italien. Ocarinas, rein abgestimmte **Mund-Harmonikas**, nach Zahlen sofort spielbar.

Gustav Uhlig,
Instrumenten-Handlung,
Halle a. S., Untere Leipziger Str.



Witt & Krüger

Halle a. S.,

Merseburger Str. 158 Fernsprecher 681
erlangen sich auf ihre in der vom 24. bis 27. November im „Wintergarten“ stattfindenden Kartoffel-Ausstellung aus-
gezeichneten

Kartoffelverwerthungs-Maschinen

Hierdurch ganz besonders anmerksam zu machen:
Prospekte gratis und franco.

Jeder sein eigener Drucker

Zur Selbstanfertigung kleiner Drucksachen als: Prospekte, Etiketten, Preis-schildern, Plakaten, Schaufenster, sowie zum Zeichnen aller Art Gegenstände aus Holz, Metall, Leder, Leinwand u. s. w. empfehle meine

Kautschuk-Typen

in allen Grössen von 3 bis 80 mm. zu billigen Preisen. Als belehrendes Geschenk für Kinder eine Druckerei mit 180 Typen für 3 Mark incl. Typenhalter. Musterblätter gratis.

Alfred Pfautsch, Stempel-Fabrik
6 Nicolaistrasse 6

Einen hochfeinen, Regenschirm

zu außerordentlich billigen Preisen kaufen Sie bei **L. H. Werkmeister,** Schuhfabrik, Leipziger Strasse 16. Reparaturen sehr billig und gut. Lieferant für Militär, Consumvereine.

Wäge deine Fische.
Sorgfältige Vorbereitung von Fischereierzeugnissen. Durch meine neue Fischverordnungen ist mein Kellner auch Abends geöffnet. Fischbäder im Hause.
Herrn. Schenke, Wolffstr. 18.

Auction.

Dienstag den 22. d. M. Vorm. 11 Uhr versteigere ich Verfahrn. 20 im Reichs-
rent amtsversteigerung 1 Bierparquet
1 Schanitzstr. u. verfäh. Tisch u. Stühle.
Friedrich, Gerichtsollstatter.

Franz Reich

Poststrasse 21.

Weihnachts-Ausverkauf

zu bedeutend ermässigten Preisen.

Grosse Auction.

Dienstag den 22. November cr. Vormittags 9 Uhr versteigere ich
Kantische Strasse 13 (Bretz Schenke):
1) im Auftrage von Herrn Herrn & Geisert hier: 20.000 Ems
Cigarren und andere Sachen,
2) im Auftrage der Stadt-Steuers-Kasse eine Wanduhr
öffentlich meistbietend.

R. Pauly, vereideter Auctionator,
Halle a. S., Augustastrasse 10.



Haupt-Niederlage:
C. Buchalla, Gr. Steinstrasse 11,
altrenom. Bezugsquelle.

Luftkur- und Wasserheilanstalt Theresienhof

bei Goslar (Harz). Dr. med. Gellhorn.
Das ganze Jahr geöffnet und beliebt. Prospekte.

Für den Anzeigentheil verantwortlich: B. Böhm in Halle.

Halle. Druck und Verlag von Otto Dendel.

Mit 2 Weißfäden und Unterhaltungsblätter.

